

Es war einmal Amerika ...

Von Jens Münchrath

Noch zwei Monate, dann legt Donald Trump seinen Amtseid als 45. Präsident der Vereinigten Staaten ab. Der Schock über seinen Wahlsieg sitzt immer noch tief. Und es lässt sich schwerlich behaupten, dass Trump mit seinen bisherigen Verlautbarungen und Personalentscheidungen dazu beigetragen hätte, die Gemüter zu beruhigen. Gut, gegenüber seiner ehemaligen Rivalin Hillary Clinton, die er im Wahlkampf noch wegsperren lassen wollte, zeigt er jetzt ungewohnte Milde. Auch die "Deportation" von elf Millionen illegalen Einwanderern will er nicht mehr so wörtlich verstanden wissen - ebenso seinen Wahlkampfschlager, die Mauer an der Südgrenze des Landes, die die Mexikaner gefälligst zu zahlen hätten.

Viele seiner bisherigen Äußerungen bleiben widersprüchlich, teils vage. Was Trump etwa mit Obamacare vorhat, der Gesundheitsreform seines Vorgängers, die er im Wahlkampf als "Sozialismus" abkanzelte, ist ebenso unklar wie die Frage, wo er die Milliarden zur Gegenfinanzierung für die Steuersenkungspläne hernehmen möchte.

Die Unsicherheit also darüber, was der mächtigste Mann dieses Planeten wirklich zu tun gedenkt, könnte größer kaum sein. Der geplante "regime-change" - dieses Mal im Inneren der USA - ist nach wie vor recht konturlos. Und das liegt nicht nur an seinem unorthodoxen Kommunikationsstil, etwa via eines zweiminütigen Youtube-Videos sein 100-Tage-Programm zu präsentieren (ohne lästige Fragen).

Nur in einem Bereich zeigt Trump sich bislang auffällig stringent: Seine Aversion gegen Freihandelsabkommen zog sich nicht nur durch seinen gesamten Wahlkampf, der "president-elect" scheut nicht davor zurück, diese tiefe Skepsis in reale Politik umzuwandeln. Nicht nur für die USA, sondern auch für die Weltwirtschaft als Ganzes ist das beängstigend. Und es ist verwunderlich, mit welcher Gelassenheit die Weltbörsen die protektionistischen Signale Trumps hinnehmen.

Gleich am ersten Tag nach der Machtübergabe will er den Rückzug aus dem transpazifischen Handelsabkommen (TPP) beginnen. Das ausverhandelte, aber noch nicht vom US-Kongress

ratifizierte Zwölf-Länder-Abkommen, das für 40 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung steht, bezeichnete er als "potenzielle Katastrophe für unser Land". Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis er der nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) mit Kanada und Mexiko den Rücken kehrt. Und es würde an ein Wunder grenzen, sollte das transatlantische Handelsabkommen (TTIP) überhaupt ernsthaft weiterverhandelt werden.

Die Aufkündigung von Verträgen und der Abbruch von Verhandlungen sind das eine, richtig bedrohlich für die Weltwirtschaft wird es, sollte Trump die zweite Hälfte seiner Antifreihandelsideologie wahr machen: die Einführung von Strafzöllen gegenüber Ländern wie Mexiko und vor allem China, der zweitgrößten Volkswirtschaft des Globus. Wohin eine solche Politik führen kann, zeigte das Jahr 1930. Damals führte US-Präsident Herbert Hoover drastische Strafzölle auf ausländische Produkte ein, was einen fatalen protektionistischen Wettlauf auslöste. Innerhalb von drei Jahren schrumpfte das Welthandelsvolumen auf ein Drittel zusammen.

Der Vergleich mit der Großen Depression der 1930er-Jahre scheint auf den ersten Blick abwegig. Doch Freihandel ist auch im Jahr 2016 alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Als akademische Veranstaltung sei der Freihandel eine "noble Sache", sagt Trump. Aber in Wirklichkeit befände man sich längst in einem "Handelskrieg mit China". Das nach wie vor hohe US-Leistungsbilanzdefizit ist für Trump schlicht das Ergebnis schlecht verhandelter Abkommen.

Handelsverträge und auch die Welthandelsorganisation als solche sind in Trumps Lesart Instrumente zur Ausbeutung Amerikas. Nie zuvor hat ein US-Präsident die institutionellen und multilateralen Grundlagen der Weltwirtschaftsordnung so offen infrage und die Vorteile der Globalisierung so radikal in Abrede gestellt. "America First" - das bedeutet aus Trumps Sicht auch, dass die größte Volkswirtschaft künftig allenfalls bilaterale Verträge nach Gutdünken abschließt. Dass sich allerdings diese vermeintliche Position der Stärke langfristig als eine der Schwäche erweisen könnte, zeigt schon das Beispiel TTP. Kaum hatte Trump seine harte Haltung gegenüber seinen pazifischen Partnern klargemacht, boten sich die Chinesen als Alternative für Kooperationen an.

Freihandel ist kein Nullsummenspiel. Nicht nur deutsche Unternehmen, die Waren im Wert von 114 Milliarden Euro jährlich in die USA exportieren, auch amerikanische würden massiv unter der Wiederkehr des Protektionismus leiden. Das Ifo Institut prognostiziert einen Einbruch der US-Wirtschaftsleistung von zehn Prozent, sollte Trumps Politik tatsächlich eine Welle von Strafzöllen auslösen.

Es muss nicht so weit kommen: Trump ist ein Mann der Wirtschaft, und seine ehemaligen Kollegen in den Vorstandsetagen werden dem neuen Mann im Weißen Haus schon klarmachen, dass ihr Schicksal an der Offenheit der Weltmärkte hängt. Seine

Wirtschaftsberater werden ihm erklären, dass der US-Durchschnittsbürger ein Viertel seiner Kaufkraft billigen Importprodukten zu verdanken hat. Doch auch die Tatsache, dass Trump sich in seinem Kampf gegen den Freihandel ein paar ihm unliebsame Verbündete (Sozialisten und Umweltaktivisten) zugelegt hat, ist kein Garant dafür, dass am Ende die ökonomische Vernunft siegt.